

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 29. Januar 2015

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Michael Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg (bis 20.30 Uhr), Bernnat, Böhringer, Claassen, Cyperrek, Denzer, Di Prima, Escher, Glattacker, Gula, Herzog, Heuer, Höfler, Jaenisch, Kiefer, Krauel, Kurfeß, Martin, Perinelli (bis 20.30 Uhr), Pichlhöfer, Salach (ab 18.25 Uhr), Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl, Wernthaler, Wiesiollek
Entschuldigt:	Krämer, Lindemer, Lusche, Roßkopf
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger (bis 20.30 Uhr) Fachbereichsleiterin Staub-Abt (bis 19.25 Uhr) Frau Williams, Leiterin des Vorstandsbüros (bis 20.30 Uhr) Fachbereichsleiter Bühler Komm. Fachbereichsleiter Dullisch (bis 20.30 Uhr) Fachbereichsleiter Frick (bis 20.35 Uhr) Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Krieger (bis 20.30 Uhr) Fachbereichsleiter Schwenzer (bis 20.30 Uhr) Fachbereichsleiter Welz (18.30 bis 20.30 Uhr) Herr Lüers, FB Umwelt und Klimaschutz (bis 19.25 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Salinas de Huber und Stadtrat Bernnat
Schriftführung:	Frau Heinze und Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	20.40 Uhr

TOP 1

Flüchtlingsunterbringung

- Aussprache -

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und gibt an, dass der Gemeinderat in einer Sondersitzung am Vortag über das Verfahren hinsichtlich der Suche nach einem Standort für die Asylbewerberunterkunft informiert worden sei. Man sei zu einem Ergebnis gekommen und auch der Landkreis sei mit diesem Ergebnis zufrieden. Man habe als Stadt zwei Möglichkeiten. Zum einen könne man im Wege der Anschlussunterbringung oder zum anderen im Rahmen des Baus einer Gemeinschaftsunterkunft Flüchtlinge unterbringen. Der Bau einer Gemeinschaftsunterkunft sei die für Lörrach bessere Lösung. Die Gemeinschaftsunterkunft werde in Lörrach auf zwei Standorte aufgeteilt. Im Zuge dessen sei man anschließend von Verpflichtungen zur Anschlussunterbringung von Flüchtlingen befreit.

Bürgermeister Dr. Wilke zeigt anhand von Folien das Verfahren auf, anhand dessen man den geplanten Standort für das Grundstück in Haagen ausgesucht habe. Er verweist hierbei auf die Präsentation, die bereits in der Sondersitzung des Gemeinderates am 28. Januar 2015 gezeigt wurde.

Der Vorsitzende hebt hervor, dass es im kommenden Verfahren der Errichtung der Gemeinschaftsunterkunft viele Möglichkeiten für die Öffentlichkeit gebe, sich zu beteiligen und einzubringen. Die Unterkunft solle voraussichtlich bis Ende 2016 fertiggestellt werden. Eine alternative Nutzung des Geländes hätte den Bau einer Einrichtung für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung vorgesehen.

Stadträtin Höfler hält den Standort Haagen für die beste aller Möglichkeiten. Die katholische Kirche sehe man als starken Partner an.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass die Abhaltung einer Sondersitzung zu Informationszwecken sehr gut gewesen sei. Ein solches Vorgehen zeuge von großer Offenheit und Transparenz in der Entscheidungsfindung. Er freue sich über die Mitarbeit der Kirchen. Auch die SPD wolle sich weiterhin stark in die Arbeit einbringen. Alle Akteure müssten sich ihrer Verantwortung bewusst sein. Der Standort sei ebenso gut, wie auch der Standort Brombach gut gewesen wäre. Details müssten noch geklärt werden. Es bedürfe eines zweijährigen Vorlaufs, bis das Gebäude fertiggestellt sei. Diese Zeit müsse gut genutzt werden. Man stehe am Beginn einer Entwicklung, die alle Beteiligten sehr fordern werde. Es sei sehr gut, dass die Asylbewerber nun schon nach drei Monaten eine Tätigkeit aufnehmen könnten. Er sehe in den Asylbewerbern die Fachkräfte von morgen. Er erhoffe sich eine gute Zusammenarbeit mit dem Landratsamt, dem Jobcenter sowie mit dem Land Baden-Württemberg und dem Bund. Die Stadt Lörrach sei nicht in der Lage, die Probleme der Welt zu lösen. Es bedürfe einer europäischen beziehungsweise einer deutschen Lösung. Schlepperbanden müsse das Handwerk gelegt werden. Auch hinsichtlich der Balkanstaaten müsse eine Lösung gefunden werden. Die SPD wolle diesen Weg mitgehen und hoffe auf eine gute Atmosphäre.

Stadtrat Claassen erläutert, dass die Fraktion der Freien Wähler gewillt sei, politischen Flüchtlingen zu helfen. Die Unterkunft in Brombach habe die Unterbringung von 300 Personen vorgesehen. Die jetzige Entscheidung für die Aufteilung der Unterbringung an zwei Standorten sei deutlich besser. Die Fraktion der Freien Wähler sei gegen eine Container-Lösung. Er befürworte eine im Anschluss an die Unterbringung von Flüchtlingen erweiterte Nutzung der Gebäude, beispielsweise im Rahmen der Unterbringung von Obdachlosen oder eine Vermietung der Wohneinheiten an Studenten. Man müsse sich darüber Gedanken machen, ob man einen Gebäudekomplex oder mehrere Gebäude auf dem Gelände verteilt errichten wolle. Wichtig sei, dass den ankommenden Flüchtlingen schnell die deutsche Sprache vermittelt werde. Von einer gelungenen Integration profitiere die ganze Gesellschaft. Es gehe hierbei auch um die Abwerbung von Fachkräften. Es müssten nun alle an einem Strang ziehen. Nachbarschaftshilfe sei ein wichtiger Punkt. Das Ziel, die Unterkunft bis Ende des Jahres 2016 fertigzustellen, sei sehr ambitioniert. Er habe große Hoffnungen und wünsche gute Ergebnisse bei der Bewältigung der kommenden Aufgaben.

Stadträtin Kurfeß vertritt die Meinung, dass alles gut werden wird. Den Standort Haagen halte sie für sehr geeignet. Der Gemeinderat müsse die kommenden Entwicklungen politisch begleiten. Die Verwaltung müsse die bauplanungsrechtlichen Schritte schnell auf den Weg bringen. Sie begrüßt, dass man eine Container-Lösung ausschließe. Die Bezeichnung Heim finde sie angemessen. In der Wölblinstraße habe es früher auch einzelne Häuser für die Unterbringung von Flüchtlingen gegeben. Es solle nach Möglichkeit kein einzelnes großes Haus gebaut werden. Es gebe teilweise Ängste in der Stadt, sie sei aber sehr zuversichtlich. Viele wollen helfen und sich einbringen und man wird diese große Aufgabe gemeinsam bewältigen können. Die Kirche sei ein sehr guter Partner. Das Abwerben von Fachkräften werde klappen. Dies habe in der Vergangenheit auch nie Probleme bereitet. Diese Prozesse müssten allerdings begleitet werden. Die Kinder müssten schnellstmöglich in den örtlichen Kindergärten und Schulen untergebracht werden. In Rheinfelden seien außerdem Container für die Unterbringung von ganzen Schulklassen zu Unterrichtszwecken aufgestellt worden. Gerade auch die männlichen Asylbewerber seien sehr lernwillig und würden sich gerne integrieren.

Stadtrat Di Prima führt aus, dass er den Standort Haagen für die Flüchtlingsunterkunft sehr begrüße. Die Schließung eines Erbpachtvertrags sei sehr sinnvoll. Man müsse sich insbesondere um den Aufbau humanitärer Strukturen bemühen. Der Bau der Gemeinschaftsunterkunft sei eine Investition in die Zukunft. Die Mithilfe vieler Ehrenamtlicher sei dabei sehr wichtig. Die Flüchtlinge müssten schnellstens in die Arbeitswelt integriert werden, eine Aufteilung der Menschen nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit dürfe allerdings nicht erfolgen.

Stadtrat Simon betont, dass Kriegsschauplätze und Krisengebiete nun auch in Lörrach-Haagen Einzug halten. Den Abschluss eines Erbpachtvertrags sowie die Ausschreibung eines Planungswettbewerbs halte er für sehr sinnvoll. Es müssten alle Akteure beteiligt werden. Für Haagen bedeute die Standortentscheidung, dass Defizite bei der Infrastruktur beseitigt werden müssen. Die Anbindung Haagens an den öffentlichen

Personennahverkehr müsse verbessert werden. Der Informationsfluss sei bisher sehr gut gewesen. Er

wünsche eine Bürgerinformationsveranstaltung in Haagen. Es dürfe nicht zu Missverständnissen kommen, wie das in Brombach der Fall gewesen ist.

Der Vorsitzende hebt hervor, dass sich die bisherige Situation in der Gretherstraße sehr gut gestalte. Soweit man tiefer in die Planungsphase einsteige, sei eine Informationsveranstaltung in Haagen denkbar. Für den Abschluss des Erbpachtvertrages und für die Objektplanung sei nun aber das Landratsamt zuständig. Die bauplanungsrechtlichen Aspekte sollen im März beziehungsweise im April in den städtischen Gremien behandelt werden. Es werde viele Möglichkeiten der öffentlichen Beteiligung geben. Er dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit.

TOP 2

Lärmaktionsplan

Vorlage: 218/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in den Tagesordnungspunkt ein und begrüßt Herrn Wahl von der Firma Rapp-Trans. Die vergangene Diskussion sei durch emotionale Äußerungen und viele verschiedene Meinungen sehr belastet worden. Nach der Auffassung des Regierungspräsidiums sei eine Abkehr von der Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo-30 zurück zu Tempo-50 nicht möglich. Die Diskussion um die Wallbrunnstraße habe viele Beteiligte verärgert. Bei der künftigen Diskussion um die Wallbrunnstraße müsse es nun gelingen Sachlichkeit walten zu lassen. Der Lärmaktionsplan sei indes jetzt zu erstellen und die Bürger zu beteiligen. In letzter Konsequenz habe der Gemeinderat nicht über verkehrsrechtliche Maßnahmen abzustimmen. Es gebe klare gesetzliche Vorgaben. Im Falle der Stadt Markdorf am Bodensee sei klargestellt worden, dass die Entscheidungshoheit hinsichtlich des Lärmaktionsplans nicht beim Gemeinderat liege. Dies habe das dort zuständige Regierungspräsidium so festgestellt. Maßnahmen könnten diskutiert werden. Es handele sich bei den Maßnahmen neben Verkehrsfragen auch um Themen der Nachverdichtung. Bei allen Diskussionen müsse Sachlichkeit im Vordergrund stehen und ihn die Zukunft geschaut werden.

Herr Wahl stellt anhand von Folien das Gutachten der Firma Rapp-Trans zum Lärmaktionsplan vor (Anlage 1).

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Wahl für den Bericht.

Stadträtin Höfler führt aus, dass jeder wisse, dass Lärm krank macht. Die CDU-Fraktion begrüße den vorgelegten Lärmaktionsplan. Man sei für eine ausgewogene Verkehrsinfrastruktur. Hierfür brauche man gute Konzepte. Die CDU-Fraktion fühle sich allen Bürgern gegenüber verpflichtet. Es sei wünschenswert gewesen, wenn Zahlen gemessen und nicht nur berechnet worden wären. Die CDU-Fraktion habe im Jahr 2014

die Anschaffung von zwei Lärmmessgeräten beantragt, was allerdings abgelehnt worden sei. Die zugrunde liegenden Daten seien aus dem Jahr 2011 und es sei unklar, ob diese nach wie vor valide sind. Sie hoffe auf eine gute Bürgerbeteiligung im Rahmen der Offenlegung des Lärmaktionsplans und auf nachfolgend gute Ergebnisse. Sie stelle den Antrag, über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlags gesondert abzustimmen. Hierbei wolle die CDU-Fraktion den Punkten 1., 3. und 4. des Beschlussvorschlags zustimmen. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo-30 sei nicht immer die beste Lösung. Es gehe der CDU-Fraktion auch um die Leistungsfähigkeit des Straßennetzes. Man müsse bei der Entscheidungsfindung die Funktion der Stadt als Oberzentrum und Einkaufsstadt berücksichtigen.

Stadträtin Cyperrek gibt an, dass die SPD-Fraktion die vorgelegte Lärmaktionsplanung befürworte. Hinsichtlich der Einrichtung der Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo-30 sei das Vorgehen der Verwaltung nicht optimal gewesen. Nun sei aber die neue Ausgangsposition für die Diskussion entscheidend. Die Lärmaktionsplanung stelle keine Gängelung der Autofahrer dar. Es gehe um die Menschen, um Sicherheit und um Maßnahmen zur Eindämmung von Lärm. Bei den im Lärmaktionsplan aufgezeigten Maßnahmen handle es sich lediglich um Vorschläge. Es gebe auch viele Menschen, die sich Tempo-30 wünschen würden. Viele wünschen sich generell weniger Lärm. Dies sei auch Konsens in den Ortschaftsräten. Es sei fraglich, ob die bisherigen Maßnahmen ausreichend sind. Man müsse künftig den öffentlichen Personennahverkehr voranbringen und vor allem attraktiver gestalten. Auch unter Berücksichtigung der Funktion Lörrachs als Oberzentrum und große Kreisstadt müsse man sich an Tempo-30 gewöhnen. Die Lärmaktionsplanung zeige auf, dass dringender Handlungsbedarf bestehe. Hierbei sei eine gute Bürgerbeteiligung sehr wichtig. Sie wolle wissen, ob der Lärm durch die Autobahn im Bereich der Homburg-Siedlung miteinkalkuliert worden sei. Die SPD-Fraktion wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Claassen gibt an, dass die Fraktion der Freien Wähler den Punkten 1., 3. und 4. der Beschlussvorlage zustimmen wolle. Generell könne die Lärmaktionsplanung noch modifiziert werden. Punkt 2. wolle man nicht zustimmen. Hinsichtlich der Wallbrunnstraße seien Verkehrssicherheitsaspekte nicht erkennbar.

Stadtrat Berg erläutert, dass er sich über die Offenlage freue. Die Vorlage werde von verschiedensten Seiten befürwortet. Er empfinde es als nicht sachlich, die Ergebnisse eines Gutachters in Zweifel zu ziehen. Es sei gut, dass darüber Einigkeit bestehe, dass Lärm krank mache. Dies müsse die gemeinsame Grundlage zur Diskussion darstellen. Es gebe verschiedene Bürgerinitiativen in Lörrach, die gegen Lärm seien. Man wisse, wo Handlungsbedarf besteht und wo die zulässigen Grenzwerte überschritten werden. Die Verwaltung müsse handeln und der Gemeinderat sich hinter dieses Handeln stellen. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo-30 sei grundsätzlich sinnvoll. Auch die Basler Straße müsse diesbezüglich berücksichtigt werden. Der Gemeinderat müsse die Gesundheit und die Sicherheit der Bürger in den Vordergrund stellen. Tempo-30 schade niemandem und sei schnell und günstig umzusetzen. Man müsse weitere Maßnahmen prüfen.

Stadtrat Perinelli sagt, dass man in der Stadt immer mit mehr Lärm rechnen müsse. Wer weniger Lärm wolle, müsse in den ländlichen Raum ziehen.

Herr Wahl gibt an, dass der Lärm durch die Autobahn im Bereich der Homburg-Siedlung in der Lärmaktionsplanung berücksichtigt worden sei. Es sei durchaus möglich Vorher-/Nachher-Vergleiche anzustellen. Selbst bei Geschwindigkeitsbegrenzungen im Bereich Tempo-30 würde das Lörracher Straßennetz leistungsfähig bleiben. Generell werde die Leistungsfähigkeit von Straßennetzen eher durch Knotenpunkte wie beispielsweise Kreuzungen und Lichtsignalanlagen eingeschränkt. Die Erreichbarkeit der Stadt Lörrach werde durch die Einrichtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen Tempo-30 nicht beeinträchtigt. Lärmmessungen könnten als Vergleich zur Berechnung durchgeführt werden, dürften aber rechtlich nicht als Grundlage für Maßnahmen herangezogen werden.

Stadtrat Escher führt aus, dass er die Einrichtung von Tempo-30 in der Wallbrunn- und in der Freiburger Straße kritisch sehe. Er finde auch, dass Lärm krank mache. Er halte es für richtig Lärm zu reduzieren, jedoch dürfe man sich hierbei nicht nur auf Verkehrslärm beschränken. Der Erlass eines Lärmaktionsplans sei zwar Pflicht, jedoch müsse dem Gemeinderat immer noch Gestaltungsspielräume zugestanden werden. Auch zeitgebundene Maßnahmen würden Möglichkeiten der Lärmreduzierung bieten. Die Wallbrunnstraße habe indes nie einen Unfallschwerpunkt dargestellt. Es liege dort keine Gefahrenlage vor. Er wolle wissen, ob Gewerbelärm in der Lärmaktionsplanung auch berücksichtigt worden sei. Es sei gut zu wissen, dass man auch Lärmmessungen durchführen könne. Es sei fraglich, ob die errechneten Werte tatsächlich erreicht würden. Er sehe in der Wallbrunnstraße keine Sicherheitsdefizite und wolle sich bei Punkt 4. des Beschlussvorschlags enthalten. Er halte das Gutachten der Firma Rapp-Trans zumindest teilweise für fehlerhaft. Lörrach solle eine fahrradfreundliche Stadt sein, aber keine Fahrradstadt. Der Bürger dürfe nicht zu sehr reglementiert werden. Man spreche bei der Wallbrunnstraße über eine Hauptzufahrtsstraße nach Lörrach. Es seien die Belange aller Bürger zu sehen und nicht alle Bürger in Lörrach wollen Tempo-30. Die Stadt sei dazu angehalten Einvernehmen mit dem Gemeinderat herzustellen. Im Vordergrund müsse das Interesse der Gesamtstadt stehen.

Stadtrat Denzer äußert, dass es schade sei, dass das Thema Lärmvermeidung nur auf Verkehrslärm und Tempo-30 reduziert werde. Insgesamt könne man errechnen, dass in ganz Lörrach Autos insgesamt 3000 Stunden länger auf der Straße seien. Es seien alle für weniger Lärm, jedoch solle man sich nicht nur auf Verkehrslärm konzentrieren. Die Darstellung der Betroffenen könne zudem nicht nachvollzogen werden.

Stadtrat Claassen wolle wisse, was gegen das Weglassen von Punkt 2. der Beschlussvorlage spreche.

Der Vorsitzende gibt an, dass man über die einzelnen Punkte eine gesonderte Abstimmung durchführen werde.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Diskussion. Er stellt sodann die einzelnen Punkte gesondert zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Entwurf des Lärmaktionsplans der Stadt Lörrach (Stufe 2) wird zur Kenntnis genommen.

Der Gemeinderat fasst bei 16 Ja- und 13 Nein-Stimmen mehrheitlich den folgenden Beschluss:

2. Einem grundsätzlichen Handlungsbedarf aus Lärmschutzgründen auf den unter Punkt 6b) der Vorlage beschriebenen Straßenabschnitten wird zugestimmt. Geeignete Maßnahmen sind im weiteren Verfahren zu prüfen.

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

3. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und von Bürgern werden zur Kenntnis genommen.

Der Gemeinderat fasst bei einer Enthaltung den folgenden Beschluss:

4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Lärmaktionsplan in die förmliche Beteiligung zu geben (Offenlage).

TOP 3

Bebauungsplanverfahren „Am Leuselhardt“ einschließlich zugehöriger Örtlicher Bauvorschriften

- Bericht über die Offenlage

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 092/2014, Ergänzung vom 17.09.2014

Aufgrund ihrer Befangenheit nehmen Stadträtin Salach und Stadtrat Heuer für die Behandlung des Tagesordnungspunktes im Zuhörerbereich Platz.

Fachbereichsleiter Schwenzer stellt den Anlass und die Zielstellung des Bebauungsplanverfahrens dar. Er betont, dass der Charakter des Baugebiets erhalten bleiben solle. Hinsichtlich der Abstandsfläche zwischen Hauptgebäude und Grundstücksgrenze von 4,50m, habe man in alten Unterlagen auch eine Empfehlung des Regierungspräsidiums zum gleichen Wert gefunden. Auch solle die Durchgrünung des Gebiets berücksichtigt und die Verkehrsflächen besser definiert werden. Fachbereichsleiter Schwenzer verdeutlicht, dass die Infrastruktur insbesondere mit Blick auf die Kanalisation grenzwertig sei und einer Entlastung bedürfe. Zudem begründet er die Überlegungen hinsichtlich der Zahl der Stellplätze. Er äußert Verständnis für die Argumentation einer Nachverdichtung, jedoch seien im vorliegenden Baugebiet die entsprechenden Grundlagen dafür nicht gegeben. Auch benötige eine Stadt unterschiedliche Wohnangebote für die Bevölkerung.

Im Namen der CDU-Fraktion erklärt Stadträtin Höfler die Zustimmung zu der vorliegenden Beschlussvorlage. Der von Stadtrat Di Prima gestellte Antrag werde ihrer Ansicht nach keine Akzeptanz finden. Der Leuselhardt sei ein gehobenes Wohnquartier und stehe vor einer Entwicklung.

Stadtrat Schlecht bedankt sich für den Vortrag von Fachbereichsleiter Schwenzer. Auch er plädiere für den Erhalt des Charakters als Wohngebiet sowie der Begrünung. Es müsse eine Verdichtung mit Augenmaß stattfinden und dürfe die Infrastruktur nicht überbelasten. Die SPD-Fraktion werde mehrheitlich dem Beschlussvorschlag folgen.

Stadtrat Claassen erklärt, dass die Thematik nicht einfach sei. Innerhalb der Fraktionsgemeinschaft der Freien Wähler gebe es zwar verschiedene Sichtweisen, jedoch werde man der Vorlage mehrheitlich zustimmen.

Stadtrat Berg teilt die mehrheitliche Ablehnung durch die Grünen-Fraktion mit, die eine stärkere Nachverdichtung, reduzierte Abstandsflächen sowie die Möglichkeit des Baus von Mehrfamilienhäusern wünsche. Zudem spricht er sich für eine standortgerechte Vegetation und die Durchlässigkeit für u.a. Insekten vom Schädelberg zum Tüllinger aus. Die Stadt müsse überlegen, wie gestalterisch in das Gebiet eingegriffen werden könne.

Stadtrat Di Prima bedankt sich für die ausführliche Beschlussvorlage sowie die Stellungnahme von Fachbereichsleiter Schwenzer. Er begründet seinen Antrag auf Nachverdichtung des Gebiets. Die Stadt müsse für junge Familien attraktiv bleiben, daher sehe er hier die Möglichkeit einer stärkeren Verdichtung. Die Probleme bei der Belastung der Infrastruktur seien sicher bei jedem Gebiet gegeben. Gleichwohl sei er hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit ins Zweifeln gekommen und werde in Teilen von seinem Antrag Abstand nehmen.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die Notwendigkeit von Wohnraum in der Stadt und folglich eine Nachverdichtung unstrittig seien. Der vorliegende Planentwurf sehe eine beschränkte Nachverdichtung vor. Das Gebiet stelle nicht den richtigen Ort einer intensiven Verdichtung dar. Eine Anpassung der Infrastruktur sei zwar stets möglich, jedoch könnten mit dem angestrebten Dichtemodell vielmehr andere Bereiche beleuchtet werden. Auf den Antrag von Stadtrat Di Prima eingehend, macht er deutlich, dass eine stärkere Nachverdichtung ein neues Planziel darstelle und eine neue Planung erfordere. Die Arbeit der vergangenen drei Jahre wäre hierdurch hinfällig. Den Ausführungen hinsichtlich des Naturschutzes pflichtet er bei.

Stadträtin Kurfeß äußert Unverständnis im Hinblick auf die Problematik der Wohnungsknappheit. Die Nachverdichtung werde im Baugebiet durch die großen Abstandsflächen unmöglich gemacht. Sie widerspricht der Aussage von Bürgermeister Dr. Wilke, dass man noch keine Bauanfragen abgelehnt habe. Fachbereichsleiter Schwenzer berichtet von Gesprächen mit Architekten und der eingehenden Beratung im Hinblick auf der Grundlage des Bebauungsplanentwurfes und der bestehenden Veränderungssperre.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden hält Stadtrat Di Prima die Ziffer 1 seines Änderungsantrags aufrecht, wonach die Größe eines Grundstückes mindestens 300qm statt 500 qm betragen solle. Der Antrag wird mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Sodann stellt der Vorsitzende den Beschlussvorschlag der Vorlage zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. Vom Bericht über die Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wird Kenntnis genommen.
2. Der Bebauungsplan und die Örtlichen Bauvorschriften „Am Leuselhardt“ werden gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.
3. Bezüglich der Anregung der Unitymedia kabel bw, Kassel, wird der Hinweis entsprechend berücksichtigt.
4. **Redaktionelle klärende Änderungen im Fettdruck werden zur Kenntnis genommen.**

TOP 4

Förderung des Kulturzentrums Nellie Nashorn in 2015

Vorlage: 008/2015

Der Vorsitzende erläutert das Anliegen. Aufgrund der neusten Entwicklung und der Kooperationsidee des Nellie Nashorn mit dem SAK, sei der Inhalt der Beschlussvorlage überholt. Gleichwohl sei der Beschlussvorschlag offen formuliert und könne in der Beschlussziffer 2 ergänzt werden. Er erklärt, dass man der Einrichtung bis Ende Mai Zeit für die neue Konzeption geben solle.

Stadtrat Glattacker macht deutlich, dass alle am Erhalt des Nellie Nashorn interessiert seien. Eine monatliche Auszahlung bis Mai könne er jedoch nicht mittragen, zuvor bedürfe es einer nochmaligen Information, zumal das Nellie noch keine genauen Zahlen offengelegt habe.

Stadtrat Bernnat verweist auf die Beratung im Hauptausschuss und die dortige Ergänzung der Beschlussziffer 2. Er gehe von einer guten Zukunft für das Nellie Nashorn aus, unabhängig von der Trägerschaft.

Stadtrat Claassen erklärt, dass man dem Nellie Nashorn hinreichend Spielraum für neue Ideen und Abklärungen bis Ende Mai einräumen müsse, wenn man hinter der Einrichtung stehe. Er spricht dem Geschäftsführer Tim Krause sein Vertrauen aus und stimmt der Beschlussvorlage zu. Des Weiteren fragt er nach dem aktuellen Stand des Gastrobetriebs.

Stadtrat Wernthaler votiert für die Zustimmung zur Beschlussvorlage. Er verweist auf die Bedeutung des Kulturzentrums für die Bevölkerung und den Zuspruch der vergangenen Veranstaltungen. Trotz des gegenwärtig schmalen Rahmens leiste das Nellie Nashorn ein attraktives Programm. Hierfür dankt er Tim Krause und seinem Team. In der Kooperationsidee mit dem SAK sieht er Vor- und Nachteile für die Einrichtung.

Stadtrat Perinelli sieht die gute kulturelle Leistung des Nellie Nashorn, jedoch sei der Konkurs aus den Verlusten des Gastrobereichs entstanden und man habe hierüber nichts mehr gehört.

Stadträtin Jaenisch erklärt, dass Controlling und Transparenz geboten seien und die Mittel in Tranchen ausgezahlt werden sollte. Sie bedauert, dass die Controllingstelle bislang nicht eingesetzt werden konnte.

Stadtrat Escher sieht einen allgemeinen Konsens zum Erhalt des Nellie Nashorns. Er erinnert jedoch an den Hintergrund der derzeitigen Situation. Da bislang keine Zahlen über die vergangenen Kulturveranstaltungen, Besucher oder Einnahmen vorgelegt worden seien, halte er ein Nachfragen für legitim. Die weitere Gewährung des Zuschusses unterstütze er, hier müsse jedoch ein engerer Rahmen gesetzt werden. Des Weiteren spricht er sich für ein Controlling durch den Verein ein.

Der Vorsitzende merkt an, dass ein Controlling betriebswirtschaftlicher Dinge für die Vergangenheit nicht möglich sei.

Fachbereichsleiter Frick erklärt, dass die Controlling-Stelle im Fachbereich Kultur und Tourismus nun eingerichtet worden sei. Die Stelle sei gedacht als Unterstützung der Kulturvereine und -initiativen, nicht aber als Finanzkontrolle oder zur Übernahme der Buchhaltung - dies müsse weiterhin in den Initiativen selbst durchgeführt werden. Hinsichtlich des Gastronomiebetriebs verweist er auf die Ausführungen im der Beschlussvorlage beigefügten Konzeptpapier. Des Weiteren werde man zusammen mit Herrn Krause die Zahlen aufbereiten.

Vom Vorsitzenden wird um die Zustimmung zur Beschlussvorlage gebeten. Er appelliert an ein Zutrauen in das Nellie Nashorn und sein Team. Man solle dies nicht von Zahlen abhängig machen. Er räumt ein, dass eine Information im März möglich sei, dies jedoch nicht Dauerthema zu jeder Sitzung werden dürfe.

Fachbereichsleiter Bühler stellt klar, dass die Einrichtung in den vergangenen drei Jahren von der Stadt intensiv begleitet wurde. Die Themen wurden mehrfach benannt und mit entsprechenden Vorgaben mit dem Vereinsvorstand besprochen - teilweise unter Einbindung des Vorstands der Stadtverwaltung, der Bank, der Steuerberatungsgesellschaft und der „LAKS“. Der Verein habe jedoch insbesondere die Problematik des Gastrobetriebs nicht lösen können. Im Ergebnis habe die Stadtverwaltung im Sommer vergangenen Jahres aufgrund der Entwicklung die Reißleine gezogen und damit die Situation gestoppt.

Der Vorsitzende verweist auf den im Hauptausschuss in der Ziffer 2 ergänzten Beschlussvorschlag und stellt diesen zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst einstimmig bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Auszahlung von monatlichen Zahlungen an den Insolvenzverwalter Herrn Michelsen in Höhe von € 10.000,- zur Sicherstellung des laufenden Betriebs im Kulturzentrum Nellie Nashorn bis zur endgültigen Klärung der neuen Trägerschaft, längstens aber bis zum Mai 2015.
2. Der Gemeinderat **ist bereit**, den gesamten Förderbeitrag in Höhe von 112.500,- Euro (abzüglich bereits geleisteter Zahlungen) für das Jahr 2015 in mehreren Abschlagszahlungen auszusahlen, **sobald die Trägerschaft abschließend geklärt, ein schlüssiges Konzept und ein Wirtschaftsplan für 2015 vorliegen.**
3. Die Verwaltung wird den Gemeinderat informieren, sobald die neue Trägerschaft geklärt ist.

TOP 5

Satzung der Stadt Lörrach über die Erhebung von Parkgebühren (Parkgebührensatzung)

Vorlage: 224/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Pichlhöfer gibt an, dass die Anpassung der Parkgebühren in Ordnung sei. Er wolle wissen, wie man dem Einzelhandel entgegen kommen könne und ob es möglich sei, einen Tag keine Parkgebühren zu verlangen.

Stadtrat Simon gibt an, über diesen Vorschlag erstaunt zu sein. Einen Kurzstreckentarif und ein Entgegenkommen für die Fahrgäste von Bussen würde es schließlich auch nicht geben.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Parkgebührensatzung (Anlage 2 der Niederschrift) wird zugestimmt.
2. Die bestehende Rechtsverordnung (Anlage 2 der Beschlussvorlage) wird aufgehoben.

TOP 6

Schlussbericht über die Prüfung der Jahresabschlüsse der Stadt Lörrach und der Ortsstiftungen für 2013

Vorlage: 183/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Schlussbericht über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2013 der Stadt Lörrach und der Ortsstiftungen wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7

Feststellung der Jahresabschlüsse 2013 der Stadt und der Ortsstiftungen

Vorlage: 130/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Jahresabschlüsse der Stadt Lörrach und der Ortsstiftungen werden gemäß § 95 b GemO wie in der Vorlage aufgeführt festgestellt.

TOP 8

Allgemeine Finanzprüfung des Kernhaushalts der Stadt Lörrach sowie der Eigenbetriebe für die Jahre 2009-2012

Vorlage: 225/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Vom Bericht wird Kenntnis genommen
2. Die Abschlussbestätigung des Regierungspräsidiums Freiburg als Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 114 Abs. 5 GemO ist dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

TOP 9

Neuberechnung des kalkulatorischen Zinssatzes

Vorlage: 207/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der kalkulatorische Zinssatz des Anlagevermögens wird ab dem Haushaltsjahr 2015 auf 3 Prozent festgesetzt.

TOP 10

Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats

- Fraktionsanträge

Vorlage: 004/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Stadt Lörrach und seiner Ausschüsse wird gemäß Anlage 2 (Anlage 3 der Niederschrift) zugestimmt.

TOP 11

Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuweisungen gemäß § 78 Abs. 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg

Vorlage: 006/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine Aussprache erfolgt fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Annahme bzw. der Vermittlung der dargestellten Zuwendung wird zugestimmt.

TOP 12

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Einstellung

Der Vorsitzende informiert über den nichtöffentlichen Gemeinderatsbeschluss vom 18. Dezember 2014, wonach Herr Spross als Nachfolger des Fachbereichsleiters für den Fachbereich Jugend/Schulen/Sport in EG 15 TVöD eingestellt werde. Der Arbeitsbeginn von Herrn Spross werde noch mit seinem bisherigen Arbeitgeber ausgehandelt.

TOP 13

Allgemeine Anfragen

Besuch KiTa im Innocel-Quartier

Stadträtin Höfler wolle wissen, ob vor einer der kommenden Hauptausschusssitzungen die KiTa im Innocel-Quartier besucht werden könne.

Der Vorsitzende gibt an, dass dies möglich sei.

Sachstandsberichte

Stadträtin Cyperrek bittet um eine Darlegung der Sachstände zu den Themen:

- Zollfreie Straße
- Dienstleistungszentrum
- Wettbewerb RegioWIN

Des Weiteren verweist sie auf die Umwandlungsverordnung und das Zweckentfremdungsgesetz und fragt nach einer Überarbeitung der Konditionen für die Veräußerung von Grundstücken.

TOP 14

Fragestunde der Bürger

keine

TOP 15

Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 15.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 18. Dezember 2014
- 15.2 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses der Verwaltungsgemeinschaft Lörrach-Inzlingen am 3. Dezember 2014
- 15.3 Berichtigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 20. November 2014 auf Antrag von Stadtrat Berg

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Lutz

Urkundspersonen:
(Unterschriften werden nachgeholt)

Schriftführung:
gez. Heinze / Ockenfuß